

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Staatspolitischen
Kommissionen
CH-3003 Bern
Tel. 031 322 99 44
Fax 031 322 98 67
www.parlament.ch
spk.cip@pd.admin.ch

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates während der ersten Hälfte der 48. Legislatur- periode, 2007 - 2009

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der ersten Hälfte der 48. Legislaturperiode 2007 – 20.11.2009
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Ausblick: wichtige Themen in der 2. Hälfte der 48. Legislaturperiode 2009 - 2011 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission (soweit z.Zt. voraussehbar)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Kommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 wurden der Staatspolitischen Kommission folgende Sachbereiche zugewiesen: Bundesbehörden (ohne Bundesgericht), Bundespersonal, Bund und Kantone, Gewährleistung der kantonalen Verfassungen, politische Rechte, Bürgerrecht, Ausländerfragen, Asylwesen, Staat und Kirche.



2 Behandelte Geschäfte in der ersten Hälfte der 48. Legislaturperiode 2007 - 2009

21 Statistischer Überblick

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat insgesamt 125 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf (in Klammern: Vergleichszahlen 1. Hälfte 47. Legislaturperiode 2003-2005):

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	1 (--)	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	13 (12)	
c.	Berichte des Bundesrates	2 (2)	
d.	Mitberichte zu Erlassentwürfen	1 (1)	
e.	Konsultationen zu Verordnungsentwürfen des Bundesrates	6	
f.	Vorprüfungen von Parlamentarischen Initiativen	62 (25)	<i>Folge geben: 24 Keine Folge geben: 36 Rückzug: 2</i>
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	1 (3)	<i>Zustimmung: 1</i>
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	3 (--)	<i>keine Folge geben: 2</i>
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (Pa.lv. / Kt.lv. 2. Phase, Komm.lv.)	8 (5)	<i>Annahme: 5 Abschreibung 3</i>
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete Pa.lv.)	2 (1)	<i>Annahme: 2</i>
k.	Kommissions-Vorstösse	1 (2)	<i>Postulat: 1</i>
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates)	3 (3)	<i>Annahme: 2 Annahme mit Abänderung: 1</i>
m.	Petitionen	8 (10)	<i>Keine Folge geben: 4 Mit anderem Geschäft: 4</i>
n.	Interne Geschäfte	15 (10)	
o.	Spezialfälle	-- (4)	
	Total	125 (78)	



22 Erlassentwürfe des Bundesrates und des anderen Rates

Die wichtigsten Vorlagen:

- [06.463 s](#) Pa.Iv. Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien
- [07.039 s](#) Einführung biometrischer Ausweise
- [07.083 s](#) Schengener Grenzkodex. Änderung im Ausländer- und Asylrecht
- [08.061 n](#) Gegen den Bau von Minaretten. Volksinitiative
- [09.051 n](#) Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Übernahme der Verordnung über das Visa-Informationssystem (VIS)

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft bzw. des Berichts und der Beratungen findet sich in Curia Vista (Link oben).

In der Berichtsperiode sind nur wenige politisch gewichtige Vorlagen des Bundesrates zu verzeichnen. Wichtige angekündigte Vorlagen befinden sich seit längerer Zeit in Vorbereitung (siehe unten Ziff. 5).

Zwei Vorlagen (07.039 und 08.061) wurden nach der Behandlung durch das Parlament der Volksabstimmung unterbreitet: die Einführung biometrischer Pässe wurde am 17.5.2009 knapp angenommen; die Minarett-Initiative wurde am 29.11.2009 entgegen der Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung von Volk und Ständen angenommen. Im Übrigen wurden die zwei in der vorangegangenen Periode vorberatenen Volksinitiativen 'für demokratische Einbürgerungen' und 'Volksouveränität statt Behördenpropaganda' am 1.6.2008 gemäss Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung abgelehnt.

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Die SPK-N hat ihrem Rat in Umsetzung von parlamentarischen Initiativen die folgenden Erlassentwürfe unterbreitet:

- [03.436 n](#) Pa.Iv. Faire Abstimmungskampagnen
- [05.463 n](#) Pa.Iv. Scheinehen unterbinden
- [06.458 n](#) Pa.Iv. Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative
- [07.400 n](#) Pa.Iv. Parlamentsrecht. Verschiedene Änderungen (darin integriert: [05.437 n](#) Pa.Iv. Handlungsunfähige Bundesräte, [06.416 n](#) Pa.Iv. Vorrang für Kommissionsvorstösse; [06.467 n](#) Pa.Iv. Änderung des Parlamentsgesetzes. Kompetenzen der Finanzkommission)
- [08.407 n](#) Pa.Iv. Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss

Eine inhaltliche Zusammenfassung des Berichts und der Beratungen findet sich in Curia Vista (Link oben).

Der Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative musste als Verfassungsänderung Volk und Ständen unterbreitet werden und wurde in der Volksabstimmung vom 27.9.2009 angenommen.



Die geringe Initiativtätigkeit des Bundesrates (siehe Ziff. 22) im Zuständigkeitsbereich der SPK wurde mehr als kompensiert durch die parlamentarische Initiativtätigkeit. Noch nie hat eine parlamentarische Kommission in zwei Jahren eine derart grosse Anzahl (62) von parlamentarischen Initiativen vorgeprüft. Die Kommission hat 24 pa.Iv. Folge gegeben. Die ständerätliche Schwesterkommission hat allerdings in 8 Fällen ihre für die Ausarbeitung einer Vorlage nötige Zustimmung verweigert; weitere 6 pa.Iv. sind noch in der SPK-S hängig.

Die Vorprüfung einer pa.Iv. erfordert ca. 30-60 Minuten Beratungszeit in der Kommission. Zeit- und arbeitsaufwendig gestaltet sich aber die Ausarbeitung einer Vorlage unter Federführung der Kommission; häufig muss dazu eine Subkommission eingesetzt werden, ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden, die Stellungnahmen des Bundesrates und anderer betroffener Kommissionen beraten werden, usw. Neben den oben aufgelisteten abgeschlossenen Ausarbeitungen hat sich die Kommission in der Berichtsperiode mit folgenden weiteren, noch nicht abgeschlossenen Projekten intensiv beschäftigt:

- [08.432 n](#) Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen
- [08.447 n](#) Pa.Iv. Schutz der Vertraulichkeit der Kommissionssitzungen
- [09.402 n](#) Pa.Iv. Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen

Diese Vorlagen werden voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2010 dem Rat unterbreitet werden.

24 Übrige Aktivitäten

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die Staatspolitische Kommission im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d ParlG (siehe Ziff. 1) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich, u.a.:

- Regierungsreform, Neugliederung der Departemente, Verwaltungsreform
- Erfahrungen mit der Härtefallregelung für Sans-Papiers
- Staatspolitische Auswirkungen der Medienkonzentration
- Staatsvertragsreferendum bei Doppelbesteuerungsabkommen
- Bericht EPA: Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung von 2004-2008
- Biometrische Ausweise. Umsetzung nach der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009
- Evaluation des Öffentlichkeitsgesetzes
- Parteienfinanzierung

Die staatspolitischen Auswirkungen der Medienkonzentration beschäftigen die SPK seit den 1990er Jahren. Die vom Bundesrat vorgelegte Totalrevision des Postgesetzes ([09.049](#)), das auch die indirekte Presseförderung durch Posttaxenverbilligung regelt, war für die SPK Anlass, der vorberatenden Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen am 6.11.2009 einen Mitbericht mit Anträgen zu unterbreiten.

Am 20.8.2009 hat die SPK die für die Vorberatung von Doppelsteuerungsabkommen zuständige Kommission für Wirtschaft und Abgaben aufgefordert, derartige Abkommen aufgrund verfassungsrechtlicher Überlegungen in Zukunft dem fakultativen Staatsvertragsreferendum zu unterstellen. Der Bundesrat hat darauf von sich aus in seinen



am 27.11.2009 dem Parlament unterbreiteten Botschaften zu verschiedenen Doppelbesteuerungsabkommen seine bisherige Praxis geändert und die Unterstellung unter das fakultative Referendum beantragt.

Weiter liess sich die Kommission in Anwendung von Art. 151 ParlG zu den Verordnungsentwürfen zu folgenden, von ihr vorberatenen Vorlagen konsultieren:

- Ausländergesetz. Totalrevision (02.024)
- Asylgesetz. Teilrevision (02.060)
- Zwangsanwendungsgesetz (06.009)
- Volkszählungsgesetz (06.093)
- Biometrische Pässe (07.039)
- Ausserparlamentarische Kommissionen (07.071)
- Schengener Grenzkodex. Änderungen im Ausländer- und Asylrecht (07.083)

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2007 - Wintersession 2009: Pfister Gerhard
- Vizepräsident Wintersession 2007 - Wintersession 2009: Perrin

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2007: Amstutz, Brunner Toni, Donzé, Engelberger, Fehr Hans, Fluri, Gross, Heim, Hiltpold, Hodgers, Humbel Näf, Hutter Jasmin, Joder, Leuenberger-Genève, Marra, Meyer Thérèse, Moret, Perrin, Pfister Gerhard, Schibli, Schmidt Roberto, Stöckli, Tschümperlin, Wobmann, Zisyadis
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 2007:
Geissbühler ersetzt Amstutz ab Herbstsession 2008
Bugnon ersetzt Brunner Toni ab Frühjahrssession 2009
Müller Philipp ersetzt Engelberger ab Frühjahrssession 2009
Schenker Silvia neu ab Frühjahrssession 2009

33 Subkommissionen

Die Kommission hat folgende Subkommissionen gebildet:

- Subkommission „Faire Abstimmungskampagnen (03.436)“, Mitglieder: Engelberger, Gross, Joder, Pfister Gerhard, Wobmann (bis Frühjahrssession 2009)
- Subkommission „Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss (08.407)“, Mitglieder: Heim, Hiltpold, Hodgers, Marra, Meyer Thérèse, Schibli (Wintersession 2008 bis Sommersession 2009)
- Subkommission „Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen (08.432)“, Mitglieder: Geissbühler, Hiltpold, Hodgers, Hutter Jasmin, Marra, Schmidt Roberto, Tschümperlin (Frühjahrssession 2009 bis Herbstsession 2009)



- Subkommission „Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen (09.402)“, Mitglieder: Fluri, Heim, Humbel Näf, Joder, Stöckli, Wobmann, Zisyadis (ab Sommersession 2009)

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 15 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 27 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 115 Stunden (gut 4 1/4 Stunden pro Sitzungstag).

Zum Vergleich:

- 2004-2005: 16 Sitzungen, 28 Sitzungstage, 138 Sitzungsstunden
- 2006-2007: 18 Sitzungen, 32 Sitzungstage, 152 Sitzungsstunden

42 Subkommissionen

Die insgesamt 11 Sitzungen der Subkommissionen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 11 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 23 3/4 Stunden (gut 2 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Faire Abstimmungskampagnen (03.436)“:

Die insgesamt 3 Sitzungen haben 3 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 7 3/4 Stunden (gut 2 1/2 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss (08.407)“:

Die insgesamt 3 Sitzungen haben 3 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 4 1/2 Stunden (1 1/2 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen (08.432)“:

Die insgesamt 3 Sitzungen haben 3 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 5 1/2 Stunden (knapp 2 Stunden pro Sitzungstag).

Subkommission „Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen (09.402)“:

Die insgesamt 2 Sitzungen haben 2 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 6 Stunden (3 Stunden pro Sitzungstag).



5 **Ausblick: Themen der 2. Hälfte der 48. Legislaturperiode 2009 - 2011 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission** (soweit zzt. voraussehbar)

Die Kommission wird die am Ende von Ziff. 23 aufgeführten, im Stadium der Ausarbeitung von Erlassentwürfen befindlichen parlamentarischen Initiativen weiter beraten und dem Nationalrat unterbreiten.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit kann damit gerechnet werden, dass die Frage der Gültigkeit von Volksinitiativen die Kommission intensiv beschäftigen wird, entweder im Rahmen der weiteren Behandlung der zurzeit in der SPK-S hängigen pa.lv. Vischer. Gültigkeit von Volksinitiativen ([07.477](#)) oder im Rahmen der Behandlung eines zurzeit noch nicht hängigen Geschäfts.

Von Seiten des Bundesrates sind folgende Vorlagen angekündigt, resp. bereits in der Bundesversammlung hängig:

- 01.080 s Staatsleitungsreform (neue Vorschläge)
- 09.060 s Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative). Volksinitiative. Änderung AuG
- 09.085 n Weiterentwicklung des Schengen Besitzstands. Einführung biometrischer Daten im Ausländerausweis
- 09.087 s Weiterentwicklung des Schengen Besitzstands. Übernahme der Rückführungsrichtlinie und Änderung des AuG
- 09.089 n Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz. Änderung
- Reform des Bundespersonalrechts
- Sanierung Pensionskasse SBB
- Bürgerrechtsgesetz. Totalrevision
- Asyl- und Ausländergesetz. Teilrevisionen
- Volksinitiative „Für eine Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik“

Erfahrungsgemäss ist damit zu rechnen, dass auch in der 2. Hälfte der 48. Legislaturperiode einzelne Vorkommnisse insb. im Parlamentsbetrieb und bei der Ausübung der Volksrechte Anlass geben werden, um weitere, zurzeit noch nicht vorhersehbare Rechtsänderungen zur Diskussion zu stellen.